Julian Assange steht wegen Aufdeckung von US-Kriegsverbrechen "gefährlich nahe" vor Auslieferung

15.07.2023 von Marianna Schauzu

Dies ist das erste Mal, dass ein Verlag nach dem Spionagegesetz wegen der Offenlegung von Regierungsgeheimnissen angeklagt wurde.

Von Marjorie Cohn, 15. Juli 2023 [aus Socialist Action, Nachdruck von Truthout]

Übersetzt von Marianna Schauzu

Seit fast fünf Jahren kämpft der Verleger und Journalist Julian Assange gegen die Auslieferung an die Vereinigten Staaten, wo ihm 175 Jahre Haft drohen als weil er Beweise für US-Kriegsverbrechen enthüllt hat. Anstatt die Pressefreiheit zu schützen, der er beim Korrespondentendinner des Weißen Hauses im April die Treue geschworen hat, setzt Joe Biden Donald Trumps Strafverfolgung von Assange nach dem berüchtigten Spionagegesetz fort. Der Journalist James Ball ist einer von mindestens vier Journalisten, die das Justizministerium (DOJ) und das FBI unter Druck setzen, mit der Strafverfolgung von Assange zu kooperieren, schrieb Ball im *Rolling Stone*. Bidens Justizministerium versucht offenbar, die Strafverfolgung von Assange für den Fall zu verstärken, dass er an die Vereinigten Staaten ausgeliefert wird. Ball sagte, dass alle drei anderen Journalisten, die unter Druck gesetzt wurden, eine Aussage zu machen, ihm mitteilten, sie hätten nicht die Absicht, der Staatsanwaltschaft zu helfen. Assange, der nach Jahren der Haft körperlich und geistig angeschlagen ist, ficht die Ablehnung seiner Berufung durch den britischen Obersten Gerichtshof an. Wenn er in Großbritannien verliert, ist Assanges letzter Ausweg der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte, um dort mehrere Verstöße gegen die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) zu verhandeln. Aber selbst wenn das Europäische Gericht eine einstweilige Verfügung gegen die Auslieferung erlässt, werden die britischen Gerichte dieses Urteil möglicherweise nicht anerkennen. Assange stehe nach Angaben seiner Familie und Beobachtern "gefährlich nahe" an einer Auslieferung. "Julian Assange und Wikileaks waren verantwortlich für die Aufdeckung von Kriminalität seitens der US-Regierung in einem massiven und beispiellosen Ausmaß", einschließlich "Folter, Kriegsverbrechen und Gräueltaten an Zivilisten", heißt es in Assanges Perfected Grounds of Appeal (Beschwerdebegründung). „Assanges Arbeit, die sich der Gewährleistung der öffentlichen Rechenschaftspflicht durch die Aufdeckung globaler Menschenrechtsverletzungen und der Erleichterung der Untersuchung und Strafverfolgung staatlicher Kriminalität verschrieben hat, hat dazu beigetragen, unzählige Leben zu retten, Menschenrechtsverletzungen zu stoppen und despotische und autokratische Regime zu Fall zu bringen“, heißt es in seinem Appell. Menschenrechtsverteidiger, die Staatsverbrechen aufdecken, erleiden "politische Vergeltung und Verfolgung durch die Regime, deren Kriminalität sie aufdecken. Julian Assange ist da keine

Ausnahme."

Die Kriegsverbrechen, die Assange und *WikiLeaks* aufgedeckt haben

Im Jahr 2010 stellte die Geheimdienstanalystin der US-Armee, Chelsea Manning, *WikiLeaks* Dokumente zur Verfügung, die Beweise für US-Kriegsverbrechen enthielten. Dazu gehörten die "Iraq War Logs", bei denen es sich um 400.000 Feldberichte handelte, in denen 15.000 nicht gemeldete Todesfälle irakischer Zivilisten beschrieben wurden, sowie systematische Vergewaltigungen, Folter und Morde nachdem die US-Streitkräfte "Gefangene an ein berüchtigtes irakisches Folterkommando übergeben hatten". Sie enthielten das "Afghan War Diary", 90.000 Berichte über zivile Opfer durch die Koalitionsstreitkräfte, weit mehr als das US-Militär gemeldet hatte. Und sie enthielten auch die "Guantánamo-Akten" – 779 geheime Berichte mit Beweisen, dass 150 unschuldige Menschen jahrelang in Guantánamo Bay festgehalten und 800 Männer und Jungen gefoltert und misshandelt worden waren, was gegen die Genfer Konventionen und die Konvention gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe verstieß. Manning lieferte *WikiLeaks* auch das berüchtigte "Collateral Murder Video" aus dem Jahr 2007, das zeigt, wie ein Apache-Kampfhubschrauber der US-Armee 11 unbewaffnete Zivilisten ins Visier nimmt und tötet, darunter zwei Reuters-Journalisten sowie einen Mann, der kam, um die Verwundeten zu retten. Zwei Kinder wurden verletzt. Das Video enthüllt Beweise für drei Verstöße gegen die Genfer Konventionen und das U.S. Army Field Manual.

Dies ist das erste Mal, dass ein Medium nach dem Spionagegesetz wegen der Offenlegung von Regierungsgeheimnissen strafrechtlich verfolgt wird. Im Dezember 2022 unterzeichneten die *New York Times, The Guardian, Le Monde, El País* und *Der Spiegel* einen gemeinsamen offenen Brief , in dem sie die US-Regierung aufforderten, die Anklage gegen Assange wegen der Veröffentlichung geheimer militärischer und diplomatischer Geheimnisse nach dem Espionage Act fallen zu lassen. "Publizieren ist kein Verbrechen", heißt es in dem Brief: "Diese Anklage schafft einen gefährlichen Präzedenzfall und droht, Amerikas ersten Verfassungszusatz und die Pressefreiheit zu untergraben."

Auslieferung zunächst aus psychischen Gründen abgelehnt

Am 4. Januar 2021 entschied die britische Bezirksrichterin Vanessa Baraitser, dass Assange aufgrund der repressiven Haftbedingungen in den USA und der Bedrohung, die eine Inhaftierung für seine psychische Gesundheit darstellen würde, einschließlich der wahrscheinlichen Selbstmordgefahr, nicht an die Vereinigten Staaten ausgeliefert werden könne. Das Justizministerium der Biden-Regierung legte Berufung ein. Der Oberste Gerichtshof des Vereinigten Königreichs hob Baraitsers Urteil auf, nachdem das Justizministerium fragwürdige "Zusicherungen" vorgelegt hatte, dass Assange im Falle einer Auslieferung unter menschenwürdigen Bedingungen festgehalten werden würde. Assange bat den Obersten Gerichtshof, seine anderen Berufungsgründe zu prüfen, die Baraitser zurückgewiesen hatte als sie die Auslieferung aus psychischen Gründen ablehnte. Am 8. Juni 2023 lehnte der britische Richter Sir Jonathan Swift Assanges Berufung in einer oberflächlichen dreiseitigen Ablehnung ab, ohne die in Assanges 150-seitiger Eingabe aufgeworfenen Fragen zu analysieren. Assange legte beim britischen High Court Berufung gegen Swifts Urteil ein, und seine Berufung ist anhängig.

Das U.K.-U.S. Auslieferungsvertrag verbietet Auslieferung wegen politischer Straftaten

Die Anklagepunkte des Espionage Act in der Anklageschrift umfassen Folgendes:

- Verschwörung zur Erlangung, zum Erhalt und zur Offenlegung von Informationen über die nationale Verteidigung (Anklagepunkt 1);
- Unbefugtes Erlangen und Empfangen von Informationen über die Landesverteidigung (Anklagepunkte 3 bis 9); und
- Unbefugte Offenlegung von Informationen über die Landesverteidigung (Anklagepunkte 10 bis 18).

Darüber hinaus wird Assange wegen "Verschwörung zum Eindringen in Computer" angeklagt, mit der Absicht, "Mannings Erwerb und Übermittlung von Verschlusssachen im Zusammenhang mit der nationalen Verteidigung der Vereinigten Staaten zu erleichtern". Artikel 4 Absatz 1 des U.K.-U.S. Auslieferungsvertrags sieht vor, dass "die Auslieferung nicht bewilligt wird, wenn es sich bei der Straftat, derentwegen um Auslieferung ersucht wird, um eine politische Straftat handelt". In ihrer Berufung weisen Assanges Anwälte darauf hin, dass Spionage ein "rein politisches Vergehen" sei, da es sich um ein Vergehen gegen den Staat handele. Wie Assanges Anwaltsteam schrieb: "Die Bewertung (und das definierende rechtliche Merkmal) jeder der Anklagepunkte ist daher eine angebliche Absicht, US-Staatsgeheimnisse in einer Weise zu erlangen oder offenzulegen, die der Sicherheit des US-Staates schadet", was sie zu politischen Straftaten macht. In seinem Dementi schrieb Swift, dass das Auslieferungsgesetz von 2003 den verbindlichen Vertrag zwischen den USA und Großbritannien missachte. Das Gesetz enthält nicht das Auslieferungsverbot für "politische Straftaten".

Das Auslieferungsersuchen wurde aufgrund von politischen Hintergedanken und nicht in gutem Glauben gestellt

Artikel 4 Absatz 3 des Auslieferungsvertrags verbietet die Auslieferung, wenn das Ersuchen "politisch motiviert" war. Der rechtlich beispiellose und selektive Charakter der Staatsanwaltschaft bei der Fokussierung auf durchgesickerte Informationen über die nationale Sicherheit spreche für den politischen Charakter der Anklage und des Auslieferungsersuchens, heißt es in der Berufung. Assanges Anwälte schrieben, dass "diese Strafverfolgung durch andere Dinge als die ordnungsgemäße und übliche Verfolgung der Strafjustiz motiviert ist. Sie ist vielmehr von der gemeinsamen Absicht bestimmt, die Herausgeber von Beweisen für die strafrechtliche Verantwortung des Staates zu vernichten oder zu behindern und damit den Prozess der Ermittlung, Verfolgung und Verhinderung solcher internationalen Verbrechen in Zukunft zu stoppen." In den Berufungspapieren wird darauf hingewiesen, dass Assange wegen der Aufdeckung von "umfassenden Misshandlungen und Kriegsverbrechen", die von den Vereinigten Staaten begangen wurden, strafrechtlich verfolgt wird. Wenn er stattdessen "Kriegsverbrechen oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit aufgedeckt hätte, die von einem Staat wie der Russischen Föderation begangen wurden", schreiben die Verteidiger, "kann es keinen Zweifel daran geben, dass seine Strafverfolgung wegen solcher Enthüllungen sowohl als politisches Vergehen (im Sinne des Vertrages) als auch als unzulässige Strafverfolgung angesehen würde, die durch den Wunsch motiviert ist, ihn für seine politischen Meinungen/Handlungen zu bestrafen."

„Während die Informanten solcher Materialien strafrechtlich verfolgt wurden, wenn auch selektiv, hat es nie eine Strafverfolgung wegen der Erlangung oder Veröffentlichung von Staatsgeheimnissen gegeben“, heißt es in dem Appell. Das bedeutet, „weil der erste Verfassungszusatz die freie Presse schützt und es von entscheidender Bedeutung ist, dass die Presse entlarvt und nicht ignoriert (...), nicht weil Journalisten irgendwie privilegiert sind, sondern weil die Bürger ein Recht darauf haben, zu wissen, was vor sich geht", sagte Mark Feldstein, Professor für Journalismus an der University of

Maryland, bei Assanges Auslieferungsanhörung aus.

Eine Auslieferung würde gegen die vom EMRK garantierte Meinungsfreiheit verstoßen

Artikel 10 EMRK schützt das Recht auf freie Meinungsäußerung. Jameel Jaffer, Juraprofessor an der Columbia University, sagte aus, dass sich die Anklage "fast ausschließlich" auf Dinge konzentriere, die Journalisten der nationalen Sicherheit "routinemäßig und als notwendiger Teil ihrer Arbeit" tun, einschließlich "der Kultivierung von Quellen, der vertraulichen Kommunikation mit ihnen, der Einholung von Informationen von ihnen, dem Schutz ihrer Identität vor der Offenlegung und der Veröffentlichung von Verschlusssachen". Die Verurteilung von Assange würde Journalisten davon abhalten, ihre Funktion als Wachhund für die Öffentlichkeit wahrzunehmen. Die Berufung zitiert den Fall *Goodwin gegen das Vereinigte Königreich* aus dem Jahr 1996*:* Die Pressefreiheit gewinnt in Fällen, in denen staatliche Aktivitäten und Entscheidungen aufgrund ihres vertraulichen oder geheimen Charakters der demokratischen oder gerichtlichen Kontrolle entziehen, eine noch größere Bedeutung. Die Verurteilung eines Journalisten wegen der Offenlegung von Informationen, die als vertraulich oder geheim gelten, kann Medienschaffende davon abhalten, die Öffentlichkeit über Angelegenheiten von öffentlichem Interesse zu informieren. Infolgedessen kann die Presse möglicherweise nicht mehr in der Lage sein, ihre wichtige Rolle als "öffentlicher Wachhund" wahrzunehmen, und die Fähigkeit der Presse, genaue und zuverlässige Informationen zu liefern, kann beeinträchtigt werden.

Es gibt neue Beweise, die vom Bezirksrichter nicht berücksichtigt wurden

Die EMRK schützt das Recht auf Leben (Artikel 2) und verbietet Folter und grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung (Artikel 3). In der Berufung wird argumentiert, dass im Falle einer Auslieferung von Assange die reale Gefahr eines Verstoßes gegen Artikel 2 und/oder Artikel 3 besteht. Im September 2021 enthüllte ein Bericht von Yahoo! News, dass Assange im Rahmen eines Asyls in der ecuadorianischen Botschaft in London lebte und hochrangige Beamte der CIA und der Trump-Regierung um "Skizzen" und "Optionen" für seine Ermordung baten. Trump selbst "fragte, ob die CIA Assange ermorden und ihm 'Optionen' dafür anbieten könnte". "Wenn diese staatlichen Stellen bereit waren, so weit zu gehen, während er unter dem Schutz einer Botschaft stand und sich im Vereinigten Königreich befand, muss ein echtes Risiko ähnlicher außergerichtlicher Maßnahmen oder Repressalien bestehen, wenn er an die USA ausgeliefert wird", heißt es in dem Appell. Das Urteil des Obersten Gerichtshofs über Assanges Berufung könnte jeden Tag verkündet werden.

Marjorie Cohn ist emeritierte Professorin an der Thomas Jefferson School of Law, ehemalige Präsidentin der National Lawyers Guild und Mitglied der nationalen Beiräte von Assange Defense and Veterans For Peace und des Büros der International Association of Democratic Lawyers. Sie ist auch die US-Vertreterin im kontinentalen Beirat der Association of American Jurists. Zu ihren Büchern gehören „Drohnen und gezielte Tötungen: Legale, moralische und geopolitische Fragen“. Sie ist Co-Moderatorin von "Law and Disorder" Radio.